Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Alle Postanstalten und Postboten und unsere Austräger nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im örtlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 127 — 89. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 3. Juni 1930

Kabinettsberatungen über Sparmaßnahmen.

Wie der Etat gesenkt werden soll.

Wie vom Reichsfinanzministerium mitgeteilt wird, ist der Entwurf eines Ausgabensenkungsgesetzes dem Reichskabinett vom Reichsfinanzministerium vorgelegt worden. Der Entwurf sieht nicht einen Abbau der zurzeit im Dienst befindlichen Beamten, wohl aber ein allmähliche, entsprechend dem Fortfall von Beamten durchzuführende Verminderung des Beamtenkörpers der Ministerien um 10 Prozent vor. Auch an anderen Stellen soll, soweit es sachlich möglich ist, in diesem Sinne vorgegangen werden. Pensionskürzungen sind nur für Doppelverdiener in beschränktem Umfange vorgesehen.

Das Reichskabinett wird sich mit diesem Ausgabensenkungsgesetz in diesen Tagen beschäftigen und es noch vor den Pfingstferien verabschieden. Außer der Verminderung des Beamtenkörpers ist noch der Fortfall einiger Ämter in Aussicht genommen, auch sollen Kürzungspläne von Beamtengehältern bis zu 5 Prozent zur Beratung stehen.

Wirtschaft in Not.

„S. O. S." — dieser Notruf: „Rettet unsere Seelen" wird wie von einem in höchster Seenot befindlichen Schiff jetzt überall hinausgefunkt. Das Reich ist finanziell in höchster Not, wichtigste Teile unserer Wirtschaft erklären, zugrunde gehen zu müssen, wenn nicht eine entscheidende Senkung der Unkosten erfolgt. Alle Kalkulationen und Berechnungen werden über den Haufen gestoßen und alles damit nur das Schicksal des — deutschen Reichshaushalts. Die Regierung trägt dem Rechnung, will es veranlassen tun dadurch, daß auch sie für später eine Kostenbegrenzung für ihre Verwaltung gesetzlich festlegen lassen will. Die Arbeit des Reichssparkommissars soll doch nicht ungenutzt bleiben. Man hat nun seit sechs Monaten immer und immer wieder von künftigen Ausgabenverminderungen und Steuersenkungen sprechen hören, aber nur Steuererhöhungen erleben müssen, so daß man die gesetzliche Festlegung auf eine künftige Ausgabenherabsetzung willig entgegennimmt.

Ist es richtig, daß der Reichstag bis Mitte Juni in die Pfingstferien gegangen ist, daß z. B. auch das Programm der Ostbilfe vertagt wurde, daß die Vertreter des deutschen Volkes zu Hause bleiben, obwohl in der deutschen Wirtschaft Tag um Tag neue „S.-O.-S."-Rufe in die Öffentlichkeit gefunkt werden, immer wieder neue Zehntausende von Arbeitern den Weg zum „Stempeln" gehen müssen — und Deutschland ist zu einem überwiegend industriell eingestellten Land geworden —, ist es richtig, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung, das fertig vorliegt, nicht heute, morgen, übermorgen in Angriff oder in schnellste Erledigung genommen wird! Ist das Schicksal der Wirtschaft also unser aller Schicksal, das Brennendste, wichtiger selbst als — Pfingstferien des Parlaments!

Man spricht soviel von dem „Gegensatz zwischen Staat und Wirtschaft" und setzt dabei: die wirklichen oder — angeblichen Lebensnotwendigkeiten des Staates in den Vordergrund. Nicht mit Unrecht dann, wenn eine tatsächliche Notwendigkeit vorliegt. Wenn jetzt die Regierung Brüning ein Ausgabensenkungsgesetz ausgearbeitet hat und dem Reichstag vorlegt, so sollen eben damit jene Gebiete staatlicher Verwaltung „abgebaut" werden, wo eine solche Notwendigkeit nach Ansicht der Regierung nicht unbedingt besteht. An und für sich ist — nach den tiefen Eingriffen, die seit 1923 der Beamtenabbau vollzogen hat — der „Personaletat" bei den Unkosten der Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltung ganz außerordentlich zurückgegangen bis zu einem Maße, der gerade noch die Grenze des Erträglichen streift. Namentlich die Reichseisenbahn und die Reichspost weiß davon ein nicht gerade lustiges Lied zu singen. Der Punkt, wo angepackt werden muß, liegt anderswo, und zwar dort, wo die deutsche Wirtschaft selbst seit der Mobilisierung unserer Währung angegriffen hat: eine Ausgabensenkung in Reich, Ländern und Gemeinden muß erfolgen unter dem Gesichtspunkt sachlicher Rationalisierung. Also einer Beschränkung auf das Erfüllen wirtschaftlicher Notwendigkeiten staatlicher Verwaltung. Dann wird auch die Kostenersparnis die Anpassung an finanziell Mögliches und Erträgliches zur Selbstverständlichkeit.

Der Tiefstand der Wirtschaft.

Handel und Gewerbe im Mai.

Der Tiefstand der Wirtschaftslage in Deutschland äußert sich in dem geringen Rückgang der Arbeitslosenziffer und dem erneuten Fehlbetrag im Haushalt des Reiches seinen Ausdruck. Wenn auch die Lage auf fast allen Weltmärkten zu wünschen übrigläßt, so wird Deutschland von der Depression doch besonders schwer betroffen. Insbesondere sind seine Produktionsmittelindustrien zu erneuten Einschränkungen gezwungen. Die Lage auf dem Kapitalmarkte erfuhr nur eine geringe Entlastung. Auf dem Börsenmarkt zogen nur die festverzinslichen Werte an. Die Ausfuhr blieb im April mit 88,5 Millionen Mark aktiv. Der Baumarkt erfuhr nur eine ganz geringe Belebung, die hinter der in den Vorjahren weit zurückbleibt. Auch die Belebung in der Woll- und Seidenindustrie war nur gering. Die Preise sanken weiter.

Finanzielle, anstatt militärischer Garantien

Frankreich räumt „mit der geziemenden Würde".

Der französische Ministerpräsident Tardieu hat in Dijon die angekündigte politische Programmrede gehalten, die den Auftakt zum Wiederbeginn der Parlamentsarbeiten bildet. Außenpolitisch führte Tardieu aus, die Grundsätze der französischen Außenpolitik lägen fest: Wirksame Verwendung finanzieller Methoden an Stelle der an Wert immer mehr verlierenden, in den Friedensverträgen enthaltenen militärischen Besetzungsgarantien. Zwischen Frankreich und Deutschland sei noch über wichtige Abkommen zu verhandeln gewesen. Hinsichtlich der Mobilisierung der Forderungen sei noch nichts erreicht gewesen, und doch sei die Mobilisierung das einzige Mittel, um an die Stelle der militärischen Garantien eine finanzielle Garantie zu setzen, durch die der Kredit Deutschlands mit der Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen verbunden werde. Vor Ablauf von zwei Wochen werde die Mobilisierung der ersten Tranche durchgeführt sein, mehr als 100 Millionen Dollar würden in die französischen Staatskassen fließen und auf dem Weltmarkt werde die erste Young-Anleihe den Kredit Deutschlands mit der Liquidierung der Kriegslasten solidarisch verbinden. Wenn am 30. Juni mit der geziemenden Würde, ohne Eile, aber auch ohne Verzögerung entsprechend dem vor zwei Monaten von den französischen Militärbehörden aufgestellten Programm die dritte Rheinlandzone geräumt sein werde, werde der Young-Plan nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich in Kraft sein und die finanziellen Garantien, die Frankreich fehlten, als das Kabinett Tardieu die Regierung übernahm, würden Geltung haben. Das sei ein finanzielles und ein politisches Ergebnis.

Ein italienisches Programm für Paneuropa

Berlin, 2. Juni. Wie ein Berliner Blatt aus Mailand meldet, setzt Arnaldo Mussolini, der Bruder des italienischen Ministerpräsidenten, Briands Paneuropa ein italienisches Programm entgegen, in dem die folgenden Forderungen aufgestellt werden: 1. Revision verschiedener Friedensverträge; 2. Rüstungsgleichheit nicht nur ausschließlich auf Italien bezogen; 3. gerechte Verteilung der Kolonien; 4. Ausschaltung der geheimen Einflüsse in der Politik der einzelnen Länder u. 5. Anerkennung der Autorität, die das jeweilige Herrschaftssystem in den verschiedenen Ländern geschaffen hat. Als sechsten Punkt nennt Mussolini eine grundsätzliche Verständigung über Zoll- und Wirtschaftsfragen.

Italien hat von Anfang an Briands Paneuropapläne abgelehnt, weil es — was ja auch wirklich nicht schwer ist — sofort erkannte, daß es sich dabei nur um die Sicherstellung der französischen Vorherrschaft in Europa handelt. Es ist verdienstvoll von Arnaldo Mussolini, der hier wie immer natürlich im Einvernehmen mit dem Duce ist, wenn er jetzt der lediglich negativen Kritik positive Feststellungen folgen läßt, wenn er die Voraussetzungen nennt, mit deren Erfüllung die Paneuropapläne erst praktische Bedeutung erlangen würden. Man sieht freilich auch auf den ersten Blick, daß Frankreich diese Vorbedingungen niemals anerkennen wird und daß deshalb die Pläne über die theoretische Erörterung nicht hinauskommen werden. Aber auch das ist nicht ohne Verdienst, wenn diese Klärung beizeiten herbeigeführt wird. Arnaldo Mussolini hat seine Ausführungen im übrigen sicherlich nicht gemacht, ohne dabei an Deutschland zu denken; Italien ist ja in letzter Zeit — natürlich im Dienst für seine eigenen Interessen! — mehr denn je bemüht, sich gut mit Deutschland zu stellen. Und man muß zugeben, daß Deutschland diese Forderungen samt und sonders unterschreiben kann. Nur müßten sie im einzelnen noch weiter für die besonderen deutschen Verhältnisse spezialisiert werden.

Presse, Volk und Vaterland.

Opposition um eines Besseren willen.

Beim Festmahl des Reichsverbandes der deutschen Presse in München hielt der bayerische Ministerpräsident Dr. Held eine längere Rede, in der er mehrfach auf die Bedeutung der Presse für Volk und Vaterland einging. Er betonte u. a., der Beruf der Presse müsse in erster Linie Liebe zu Volk und Vaterland sein. Wenn die Tätigkeit der Presse immer so aufgefaßt werde, dann gebe es keine Opposition um der Opposition willen, sondern nur eine Opposition um eines Besseren willen. Der Ministerpräsident wandte sich gegen die Aufmachung der Sensationspresse und wies auf die Notwendigkeit hin, in der Zeitung wieder mehr die Persönlichkeit zum Ausdruck kommen zu lassen. Zwischen Zeitungsverleger und Redakteur werde das beste Verhältnis bestehen, wenn Verleger und Redakteur sich in ihrer Aufgabe eins fühlten, der Öffentlichkeit zu dienen. Der häßliche politische Streit im Innern des Vaterlandes sollte aufhören und es müßte ein lebhaftes Interesse dafür bestehen, das Reich in seiner Außenpolitik stark zu machen. Die Stellungnahme zur Frage Föderalismus oder Zentralismus sei nicht Sache des einzelnen Landes. Hier handle es sich um die Frage der deutschen Zukunft.

Bildung einer staatspolitischen Kette.

Um den Block gegen die Sozialdemokratie.

Bei einer Kundgebung, die anläßlich der Parteitagung des Wahlkreisverbandes Westfalen-Nord der Deutschen Volkspartei in der Stadthalle in Münster stattfand, hielt der Parteiführer, Reichsminister a. D. Dr. Scholz, eine Rede, in der er u. a. ausführte: Im Vordergrund des politischen Interesses hätten in den letzten Tagen die Bemühungen um die Schaffung einer staatspolitischen Kette gestanden. Der Versuch sei gescheitert an dem Widerstand der Demokraten und der Volkskonservativen, während die Wirtschaftspartei zu einer Vereinigung bereit gewesen sei. Der Reichskanzler wisse um diese Bestrebungen und billige sie, da sie keine Spitze gegen das Zentrum enthielten. Der günstige Augenblick, einen Block gegen die Sozialdemokratie zu bilden, dürfe nicht unbenutzt vorübergehen. Die Volkspartei sei nach wie vor bereit, der neuen Entwicklung im bürgerlichen Lager die Selbständigkeit der eigenen Partei zu opfern in der Erwartung, daß auch die anderen Gruppen nicht vor diesem entscheidenden Schritt zurückschrecken würden.

Der Botschafterwechsel in London und Rom.

Ernennung der neuen Botschafter.

Der Reichspräsident hat die in Aussicht genommenen Ernennungen für die Botschafterposten in London und Rom sowie für den Posten des Staatssekretärs zum Auswärtigen Amt nunmehr vollzogen. Botschafter Sthamer in London wird am 1. Oktober d. J. in den Ruhestand treten. Zu seinem Nachfolger ist der Botschafter in Rom, Freiherr von Neurath, zum Botschafter in Rom der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schubert und zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes der Dirigent Bernhard von Bülow ernannt worden. Herr von Schubert wird die Geschäfte des Staatssekretärs seinem Nachfolger in der zweiten Hälfte des Juni übergeben.

Der Erfolg der Zeppelinfahrt.

Mehr als 100 000 Personen in Lakehurst.

Die Newyorker kommentieren die letzte große Fahrt des „Graf Zeppelin" und bringen übereinstimmend zum Ausdruck, daß der Erfolg dieses Fluges die Überlegenheit des Luftschiffes gegenüber dem Flugzeug endgültig erwiesen habe, und daß sich diese Erkenntnis in einer schnellen Entwicklung des Luftschiffverkehrs auswirken werde. „Herald Tribune" meint, daß der letzte Flug des „Graf Zeppelin" zwar weniger sensationell gewesen sei als der Weltrundflug im vergangenen Jahre, daß er aber von einer noch größeren Bedeutung für den Luftverkehr sei, weil er den Nachweis erbracht habe, daß das Luftschiff auch

Fahrten nach den Tropen

ausführen könne. „World" erklärt, das Luftschiff suche nunmehr nach ständiger Beschäftigung. Nach Schätzung der Blätter waren mehr als 100 000 Personen in Lakehurst, um den „Graf Zeppelin" zu besichtigen. Die Newyorker Postbehörde überreichte Dr. Eckener ein Album mit Probedrucken von Zeppelinmarken. Der Wert der vom Luftschiff nach Europa zu befördernden Post wird mit 150 000 Dollar angegeben. Unter den Passagieren, die die Fahrt nach Europa mitmachen, befindet sich auch der Forscher Sir Hubert Wilkins.

*

Zeppelins kleiner Bruder.

Deutschlands zweites Luftschiff.

Als das Luftschiff „Graf Zeppelin" vor einiger Zeit nach Hamburg kam, tauchte vor den Blicken der erstaunten Hamburger noch ein zweites Luftschiff auf, das nicht minder flink durch die Lüfte trudelte. Es war „D. P. R. 28", ein nach Parseval konstruiertes Prall-Luftschiff. Es ist dies außer „Graf Zeppelin" das einzige deutsche Luftschiff. Etwa 40 Meter lang und 15 Meter hoch, mit einem 80-PS-Siemens-Motor ausgestattet, hat es soeben seinen 250. Flug hinter sich. Dies ist um so bemerkenswerter, als es seine Flüge größtenteils vom

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF